S i t z u n g s v o r l a g e		Nr. 246/2019
Federführendes Amt: Amt für Wirtschaftsförderung und Grundstücksverkehr	Erforderliche Protokollauszüge OB, BM, III, 14, 20, 23	
Vorgang:	AZ:	
Beratungsfolge	Behandlung	Termin
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	12.11.2019 nö
Gemeinderat	Beschlussfassung	14.11.2019 ö

Betreff:

Änderung der "Satzung über die Benutzung von Flüchtlingsunterkünften"

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Gemeinderat beschließt die neue „Satzung über die Benutzung von Flüchtlingsunterkünften“. Sie tritt mit Wirkung vom 01. Januar 2020 in Kraft.
- 2.) Die bisherige „Satzung über die Benutzung von Flüchtlingsunterkünften“ vom 01.07.2019 tritt mit Ablauf des 31.12.2019 außer Kraft.
- 3.) Der Beschluss aus der Vorlage 100/2019 vom 14.05.2019, wonach der Gemeinderat die Unterdeckung in Höhe von 52.592 € im Jahr 2018 und die prognostizierte Unterdeckung in Höhe von 52.590 € für das Jahr 2019 in den Folgejahren nicht ausgleicht, wird aufgehoben.
- 4.) Die Überdeckung in Höhe von 37.600 € aus dem Jahr 2018 wird ausgeglichen. Dabei werden die Werte der Über- bzw. Unterdeckung der jeweiligen Kategorie belastet bzw. gutgeschrieben.

Produktgruppe / Maßnahme	31.40	
Haushaltsansatz		654.100
Üpl./Apl. gen. Haushaltsmittel / übertragener Ermächtigungsrest		
Ausgegebene Haushaltsmittel und erteilte Aufträge		
Noch freie Haushaltsmittel		
Verpflichtungsermächtigungen f. Ausz. in Folgejahren		
Zu erteilende Aufträge/zu vergebende Leistungen		
Zu genehmigende üpl./apl. Aufwendung / Auszahlung		
Zu genehmigende üpl./apl. Verpflichtungsermächtigung		

Bereich	Name	Datum	Ergebnis
---------	------	-------	----------

Begründung:

Mit Gemeinderatsvorlage 100/2019 wurde die Satzung über die Benutzung von Flüchtlingsunterkünften neu gefasst und ist zum 01.07.2019 in Kraft getreten.

In der Gebührenkalkulation zu dieser Satzung befindet sich jedoch ein rechnerischer Fehler. Statt einer Unterdeckung in Höhe von 52.592 € im Jahr 2018 ergibt sich tatsächlich eine Überdeckung in Höhe von 37.600 €. Diese Überdeckung ist auszugleichen.

Die Verwaltung hat daher die Benutzungsgebühren zeitnah neu berechnet und schlägt vor, den Gültigkeitszeitraum der Satzung wieder auf das Kalenderjahr festzulegen.

Bei der neuen Kalkulation wurde die bewährte Unterteilung in drei Kategorien und eine Erhebung nach Kopfbeträgen beibehalten.

Die in der Kalkulation (Anlage 3) ermittelten Werte ergeben sich aus dem tatsächlichen Verbrauch der Jahre 2018 und 2019 und wurden für den Zeitraum 01.01.-31.12.2020 unter Berücksichtigung der erwarteten Veränderungen hochgerechnet.

Für das Jahr 2020 ergibt sich eine Erhöhung der Benutzungsgebühren in allen drei Kategorien. Diese resultiert vor allem aus einer geringeren Belegung, der Erhöhung der Miete der angemieteten Gemeinschaftsunterkünfte, der Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags und höheren Verbrauchskosten.

In Kategorie 1 erhöht sich die Gebühr aufgrund von gestiegenen Verbrauchskosten und einer geringeren, sozialverträglicheren Belegungsdichte.

In Kategorie 2 erhöht sich die Gebühr, weil die Friedrich-Jakob-Heim-Straße bereits zu einem Drittel abgemietet wurde und dort im Vergleich zur Albertviller Straße viel geringere Verbrauchskosten pro Person entstehen. Der Mietvertrag über die Friedrich-Jakob-Heim-Straße endet spätestens am 30.11.2020 vollständig. Die Belegungsdichte in der Albertviller nimmt zudem derzeit geringfügig ab.

In Kategorie 3 erhöht sich die Benutzungsgebühr durch den Wegfall oder das neu Anmieten von Wohnungen zu veränderten Konditionen.

Über alle drei Kategorien hinweg ergab sich im Jahr 2018 eine Überdeckung in Höhe von insgesamt rd. 37.600 €.

Davon ergab sich

in Kategorie 1 eine Unterdeckung in Höhe von 17.249 € resultierend vorrangig aus gestiegenen Verbrauchswerten und einer geringeren, sozialverträglicheren Belegungsdichte.

In Kategorie 2 ergab sich eine Überdeckung in Höhe von 64.970 € vor allem aus dem Umstand, dass weniger Verbrauchskosten entstanden sind. In der Flüchtlingsunterkunft Friedrich-Jakob-Heim-Straße entwickelten sich weitaus positiver als ursprünglich angenommen.

In Kategorie 3 ergab sich eine Unterdeckung in Höhe von 10.121 €, weil die Verbrauchskosten in einzelnen Objekten viel höher waren als bei Anmietung angenommen.

Die in den einzelnen Kategorien entstandene Unter- bzw. Überdeckung aus dem Jahr 2018 wird bei der Gebührenkalkulation für das Jahr 2020 der jeweiligen Kategorie belastet bzw. gutgeschrieben.

Die Anzahl der von der Stadt Winnenden als Pflichtaufgabe untergebrachten Flüchtlinge verringert sich voraussichtlich im Jahr 2020 von rd. 300 auf 180 Personen. Einen großen Anteil daran trägt der Umstand, dass rund 100 Bewohner der Friedrich-Jakob-Heim-Straße inzwischen Mieter des Eigentümers der Liegenschaft sind.

Die neue „Satzung über die Benutzung von Flüchtlingsunterkünften“ wird dieser Sitzungsvorlage in Anlage 1 beigegefügt.

Die Änderungen sind in Anlage 2 rot dargestellt.

Änderungen bei der Gebührenhöhe in den drei Kategorien ergeben sich wie folgt:

Kategorie	Unterkünfte	Kopfbetrag pro Wohnplatz und Kalendermonat bisher	Kopfbetrag pro Wohnplatz und Kalendermonat neu
1 Städtische Gemeinschaftsunterkünfte	derzeit Brunnenstr. 4, Brunnenstr. 19, Kirchstraße 17	246,- €	292,- €
2 angemietete Gemeinschaftsunterkünfte	derzeit Albertviller Str. 18, 20, 22, 24/2 und Friedrich- Jakob-Heim-Str. 1-11	285,- €	305,- €
3 angemietete Wohnungen für Familien	Keine Angabe	227,- €	283,- €

Neu aufgenommen wurde in § 14 und § 15 eine reduzierte monatliche Benutzungsgebühr für erwerbstätige Flüchtlinge. Nachdem die Gebühren weiterhin steigen, wird es für erwerbstätige Flüchtlinge, die keinen Anspruch auf laufende Leistungen der Existenzsicherung haben, immer schwieriger die Benutzungsgebühr zu bezahlen. Das trifft gleichermaßen auf männliche Einzelpersonen wie auch auf Familien zu.

Die Gebührenreduzierung wurde durchgeführt wie folgt:

Kategorie	Einzelperson ohne Leistungsanspruch pro Wohnplatz und Kalendermonat	Familien ohne Leistungsanspruch pro Wohnplatz und Kalendermonat		
		Haushaltsvorstand	Ehepartner	Je Kind
1 Städtische Gemeinschaftsunterkünfte	200,- €	150,- €	150,- €	100,- €
2 angemietete Gemeinschaftsunterkünfte	200,- €	150,- €	150,- €	100,- €
3 angemietete Wohnungen für Familien	200,- €	200,- €	200,- €	150,- €

Für Einzelpersonen wurde der Betrag in allen drei Kategorien gleichermaßen auf 200,- € pro Kopf und Monat beschränkt. Bisher befinden sich in Kategorie 3 keine männlichen Einzelpersonen. Bei Familien wurde eine abweichende Regelung gewählt. Damit soll berücksichtigt werden, dass in Kategorie 3 die höchste Wohnqualität für Familien vorhanden ist.

Der Gesamtbetrag der Reduzierung wird im Jahr 2020 auf ca. 61.500,00 € geschätzt. Die Reduzierung soll auch in den Folgejahren nicht in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden; sie ist damit dauerhaft ungedeckt und durch den Steuerzahler auszugleichen. Es wird jedoch damit gerechnet, dass sich die Gebührenreduzierung insgesamt positiv auswirkt, weil dadurch Anreize zur Arbeitsaufnahme geschaffen werden. In der Folge müssen vom Steuerzahler geringere Transferleistungen getragen werden. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt verbessert außerdem die Chancen eines Wechsels in den freien Wohnungsmarkt und senkt damit längerfristig die Kosten der Allgemeinheit. Die Verwaltung beabsichtigt berufstätigen Personen mit einer reduzierten Gebühr vorrangig den Umzug in eine reguläre Mietwohnung zu ermöglichen und damit den Zeitraum der Gebührenreduzierung so gering wie möglich zu halten.

Anlagen:

Anlage 1: „Satzung über die Benutzung von Flüchtlingsunterkünften“

Anlage 2: „Satzung über die Benutzung von Flüchtlingsunterkünften –Änderungen“

Anlage 3: „Kalkulation der Gebühren für die Unterbringung von Flüchtlingen ab
01.01.2020“